

Kurzinformation: Chile nach dem Referendum

Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Lateinamerika und Karibik

Ein historischer Moment: Chile stimmt für die Erarbeitung einer neuen Verfassung

Unter dem Motto „Wähle das Land, das Du möchtest“ waren am Sonntag den 25.10.2020 rund 14 Millionen Chilen_innen aufgerufen, in einem Referendum für oder gegen die Erarbeitung einer neuen Verfassung abzustimmen. Das Ergebnis ist eindeutig: 78 Prozent stimmten für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Damit steht das OECD-Mitglied nun vor einem historischen Richtungswechsel. Die Wahlbeteiligung lag allerdings viel niedriger als gehofft. Nur 50 Prozent der Chilen_innen machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch.¹ Die Angst vor einer Coronavirus-Ansteckung und vor Gewalt, aber auch das Misstrauen gegenüber jeglichen politischen Prozessen war bei vielen wohl zu groß. Chile gehört seit langem zu den Ländern mit der niedrigsten Wahlbeteiligung weltweit.

Noch am Wahlabend haben alle Parteien das klare Ergebnis anerkannt. Innerhalb der nächsten 24 Monate soll nun ein neuer Gesellschaftsvertrag erarbeitet werden. Die aktuelle Verfassung, ein Erbe des Diktators Pinochet (1973-1990), reduziert die Rolle des Staates auf ein Minimum und schreibt bis heute das deregulierte, neoliberale Entwicklungsmodell Chiles vor, welches auf die Privatisierung öffentlicher Güter wie Gesundheit, Bildung, Rente und Wasser setzt. Sie garantiert weder soziale Rechte, Geschlechtergerechtigkeit noch den Schutz indigener Völker, sondern sichert in erster Linie die Freiheit des Marktes.

Mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung ist eine der zentralen Forderungen der Protestbewegung erfüllt. Seit einem Jahr bringen die Demonstrierenden ihren enormen Frust über die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und die soziale Ungleichheit zum Ausdruck. Bei den monatelangen Protesten, die nur durch den harten Lockdown aufgrund der Coronakrise unterbrochen wurden, kam es zu brutalen Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen: 30 Tote, tausende Verletzte und zudem 430 Anzeigen wegen Folter und 165 wegen sexueller Gewalt und Vergewaltigung durch Polizisten sind die traurige Bilanz der letzten 12 Monate, wie die Berichte internationaler Menschenrechtsbeobachter der VN belegen.

Die Pandemie hat die sozialen Probleme in Chile deutlich verschärft. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Hunger breiten sich aus. Das Wirtschaftswachstum bricht 2020 um ca. sechs Prozent ein. Die Regierung hält dennoch weiterhin an ihrem neoliberalen Programm fest und tut sich schwer mit sozialen Hilfsleistungen. Aktuell gehört Chile zu den fünf von der Pandemie am betroffenen Ländern weltweit.

Den klaren Sieg für die Erarbeitung einer neuen Verfassung können die Parteien der Mitte-Links Opposition sowie die sozialen Bewegungen für sich verbuchen. Sie hatten der rechts-konservativen Regierung des Multimilliardärs Sebastian Piñeras dieses Zugeständnis Ende 2019 abgerungen. Mit 79 Prozent der Stimmen hat sich auch deren Forderung durchgesetzt, dass eine zu 100 Prozent neu gewählte verfassungsgebende Versammlung die Verfassung schreiben wird. Am 11. April 2021 werden deren 155 Mitglieder gewählt. Sowohl Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen wie auch Parteien und Gewerkschaften können Wahllisten einreichen.

¹ Die Wahl war freiwillig, eine Briefwahl war nicht möglich.

Kurzinformation: Chile nach dem Referendum

Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Lateinamerika und Karibik

Bei der Abstimmung erhielt die alternative Option, eine „gemischte Kommission“, die sich aus 50 Prozent Parlamentarier_innen und 50 Prozent neu gewählten Mitgliedern zusammengesetzt hätte, nur 20 Prozent Zustimmung. Dies zeigt das große Misstrauen der Menschen in ihre politische Klasse. Eine große Mehrheit denkt, dass das Parlament und der Senat regelmäßig Gesetze verabschieden, die sich nicht am Gemeinwohl aller, sondern an den Interessen der kleinen Oberschicht orientieren. 98 Prozent vertrauen keiner einzigen Partei. Die aktuelle Krise ist auch eine Krise der repräsentativen Demokratie.

Ein großer Erfolg ist, dass aufgrund des Drucks feministischer Organisationen und Parlamentarierinnen ein Paritätsgesetz gilt. Die verfassungsgebende Versammlung wird zu mindestens 45 Prozent aus Frauen bestehen. Chile schreibt damit Geschichte - weltweit!

Die rechtskonservative Regierungskoalition ist hinsichtlich des Ausgangs des Referendums stark gespalten. Die rechten Hardliner des Kabinetts hatten in den vergangenen Monaten offen einen Wahlkampf für den Erhalt der alten Verfassung geführt, während moderatere Vertreter_innen aus Regierungskreisen für die Neuerarbeitung stimmten. Der Streit sitzt so tief, dass viele offen in Frage stellen, ob der Präsident sein bis zum März 2022 geltendes Mandat noch ausfüllen kann. Die Protestbewegung fordert bereits seit längerem seinen Rücktritt, da er die Verantwortung für die durch die Polizei begangenen Menschenrechtsverletzungen übernehmen müsse.

Die mitte-links Parteien sowie die sozialen Bewegungen stehen vor der großen Herausforderung, Zersplitterung, Machtinteressen und Wahlkalkül zur Seite zu schieben und sich auf gemeinsame Wahllisten und Programmatik zu einigen. Den Wahlabend haben sie auf getrennten Feiern verbracht, man konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Akt einigen. Ohne die Bildung einer progressiven Allianz wird im April die geeinte antretende Rechte die meisten Sitze gewinnen. Das Risiko ist groß, dass die konservative, unternehmerfreundliche Politikelite, die seit der Rückkehr zur Demokratie vor 30 Jahren sehr von Pinochets Erbe und dem neoliberalen Entwicklungsmodell profitiert hat, auch die Inhalte der neuen Verfassung dominieren könnte.

Mit dem klaren Ausgang des Referendums hat Chile langfristig die Chance auf eine sozialdemokratischere Zukunft. Allerdings wird das Land seine neue Verfassung in einem schwierigen Momentum erarbeiten müssen: Gewalt hat sich in den letzten 12 Monaten als politisches Mittel etabliert, Morddrohungen gegenüber Politiker_innen² und Aktivist_innen sind an der Tagesordnung, Angstkampagnen prägen die politische Meinungsmache und die Wirtschaftselite scheint nicht bereit, zu viele ihrer Privilegien in Zeiten einer tiefen Wirtschaftskrise aufgeben zu wollen. Die Pandemie ist noch längst nicht überwunden. Zudem sehen viele die neue Verfassung als Heilmittel für ALLE Probleme des Landes – aber kurzfristig wird sie weder Hunger bekämpfen noch soziale Gerechtigkeit bringen können.

Der Verfassungsprozess muss daher zum einen möglichst viele Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen bieten und transparent sein, so dass er gesellschaftliche Legitimation gewinnt und die Protestbewegung ihn als institutionelle, demokratische Alternative zum Kampf auf der Straße wählt. Zum anderen stehen Regierung und Opposition vor der großen Herausforderung, kurzfristig überzeugende Antworten auf die soziale Krise zu finden und ein politisches Klima zu schaffen, in

² Kurz vor dem Referendum hat auch Alvaro Elizalde, Senator und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Chiles (PS), erneut ernstzunehmende Morddrohungen erhalten.

Kurzinformation: Chile nach dem Referendum

Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Lateinamerika und Karibik

welchem ein friedlicher Verfassungsprozess möglich ist. Laut den Vereinten Nationen leben heute 40 Prozent der Menschen in Chile in extremer Unsicherheit, die an eine permanente Notlage grenzt. Mehr als eine Million Menschen leiden Hunger, 90 Prozent der Menschen haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Die Probleme dieser Menschen können nicht erst durch eine neue Verfassung 2023 gelöst werden. Chiles Revolution findet damit in einem Momentum mit viel sozialem Sprengstoff statt.

Stand 26.10.2020

Kontakt in Chile:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Oficina Chile
Simone Reperger
Hernando de Aguirre 1320
Providencia, Santiago de Chile
E-Mail: sreperger@fes.cl

Kontakt in Deutschland:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Lateinamerika und Karibik
Annette Lohmann
Hiroshimastr. 28
10785 Berlin
E-Mail: Annette.lohmann@fes.de
Tel.: +49 (0)30 26935-7457